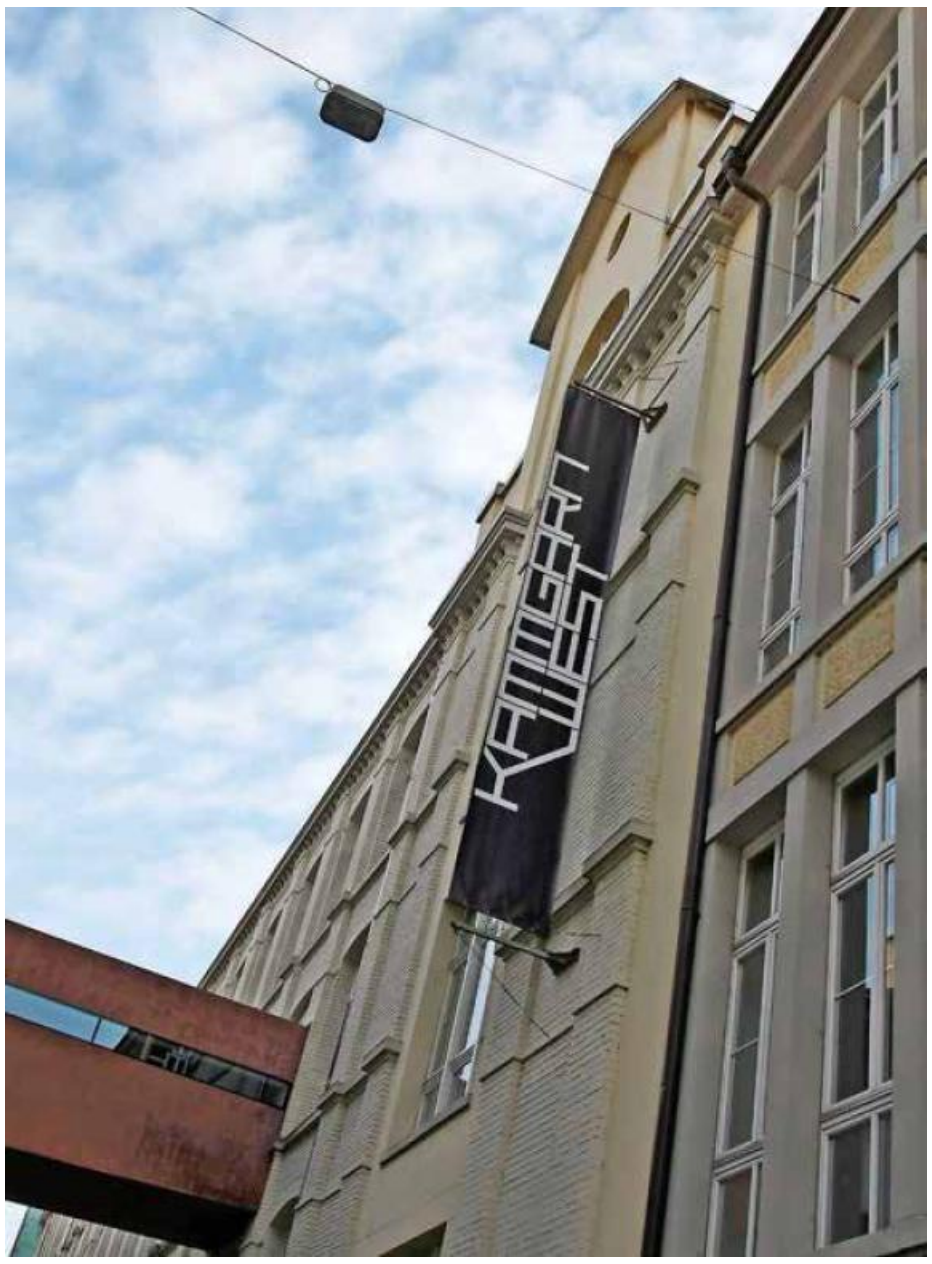
Pädagogische Hochschule in der Kammgarn soll dem «Brain Drain» entgegenwirken

Ein Komitee macht sich dafür stark, dass die Pädagogische Hochschule in die Kammgarn verlegt wird. So soll der Bildungsstandort Schaffhausen gestärkt werden. Das sei bitter nötig, sagt das Komitee – denn dem Kanton drohe ein Lehrermangel.

Isabel Heusser

Rote Fahnen mit dem PHSH-Logo hängen von den Dächern des Kammgarn-Westflügels, vor dem Gebäude ein akkurat gestutzter Rasen, im Hintergrund ist die Schaffhauser Altstadt zu erkennen. Und, natürlich: junge Menschen, die in die Kamera strahlen. Diese Visualisierung hat das überparteiliche Komitee «PH in die Kammgarn» auf seiner Homepage veröffentlicht. Es will sich dafür einsetzen, dass die Pädagogische Hochschule vom Ebnat in die dritte und vierte Etage des Kammgarn-Westflügels verlegt wird. «Jetzt ist der richtige Zeitpunkt, um Einfluss zu nehmen, denn das Nutzungskonzept ist noch nicht erstellt», sagte Mitinitiant sowie Kantons- und Grossstadtrat René Schmidt (GLP) gestern an einer Pressekonferenz im Theaterrestaurant.

Einen ersten Vorschlag hat der Stadtrat aber schon gemacht. Im Erdgeschoss und im ersten Obergeschoss des Westflügels will er die Bibliothek, die Ludothek und ein Gastro-Angebot unterbringen; das zweite soll an die Sturzenegger-Stiftung verkauft und dem Museum zu Allerheiligen zur Verfügung gestellt werden. Die Nutzung des dritten und vierten Geschosses mit einer Fläche von rund 3200 Quadratmetern ist noch offen. Denkbar ist, neben einem neuen Standort für die PH, auch eine wirtschaftliche Nutzung durch Unternehmen. Insbesondere die SVP plädiert für diese Lösung.



Das dritte und vierte Geschoss des Kammgarn-Westflügels weist rund 3200 Quadratmeter auf. Wie sie künftig genutzt werden sollen, ist strittig. BILD JULIA LEPPIN

Einzug in gewachsene Strukturen

Aus Sicht des Komitees hingegen ist es nur logisch, die PHSH in den Westflügel zu verlegen. Der Konkurrenzdruck für die mit 150 Studenten vergleichsweise kleine Schaffhauser Hochschule sei gross, ergänzte Nationalrätin Martina Munz (SP). Die PH im Nachbarskanton Zürich, unmittelbar beim Hauptbahnhof gelegen, biete Platz für 3000 Studenten. Der Hochschulstandort Schaffhausen müsse attraktiv für auswärtige Studenten sein. «Darum braucht die PH einen zentralen Standort, den die Schüler vom Bahnhof schnell und einfach erreichen können.» So könne man einen «Brain Drain», das Abwandern der klugsten Köpfe, verhindern. Das sei wichtig, weil Schaffhausen in den nächsten Jahren stärker als andere Kantone vom Lehrermangel betroffen sein werde, so Munz. Der Anteil Lehrpersonen in der obersten Alterskategorie sei schweizweit am zweithöchsten. Für die Qualität der Schaffhauser Schulen sei entscheidend, dass sie selbst ausgebildete Lehrer beschäftigen könne. Der Kammgarn-Westflügel sei ideal für die PH: «Sie würde in gewachsene Strukturen einziehen.» Die Kammgarn sei ein Teil von Schaffhausen, «und die PH wäre es somit auch». Nicht zuletzt könne das Gewerbe in der Altstadt von den Studenten und Lehrern profitieren.

Kantons- und Grossstadtrat Rainer Schmidig (EVP) erinnerte daran, dass die eigene Lehrerbildung im Kanton um die Jahrtausendwende auf der Kippe stand. «Als kleiner Randkanton ist es aber dringend nötig, dass wir eigenen Lehrernachwuchs ausbilden», sagte der ehemalige Rektor der Kantonsschule Schaffhausen. «Die PH ist eine Erfolgsgeschichte und hat es verdient, ein eigenes Zuhause zu haben.» Den Kammgarn-Westflügel als Chance vorbeigehen zu lassen, «wäre eine Schande».

PHSH-Dozent Werner Schraff sagte, dass die Hochschule nicht nur Qualität in der Ausbildung, sondern auch beim Standort selbst bieten müsse. Das sei in der ehemaligen Werkschule der Georg Fischer AG an der Ebnatstrasse nicht unbedingt der Fall. «Es wäre ausserdem schön, wenn man die beiden jetzigen Standorte zusammenlegen könnte.» So könnte auch ein dringend notwendiger grosser Raum für Studenten und Lehrer geschaffen werden. «Der fehlt heute», so Schraff. Sein persönlicher Wunsch sei, dass Stadt und Kanton in dieser Sache zusammenarbeiten könnten, statt einander gegenüberzustehen.

Und was meinen die Studierenden selbst? Nachdem die Bildung des Komitees bekannt geworden sei, hätten sich einige bei ihm gemeldet, sagte Schraff. «Für sie wäre es ein Traum, in der Stadt zur Schule zu gehen.» Und Lukas Baumann, Mitinitiant des Komitees und Mitglied des Kulturbündnisses, ergänzte, er habe Mails von ehemaligen Studierenden erhalten. Diese hätten darauf verwiesen, dass mit einem Umzug in die Kammgarn auch das Verpflegungsangebot attraktiver werde. «Das ist offensichtlich ein wichtiges Kriterium.»

Kanton soll kaufen oder tauschen

Thematisiert wurden gestern auch die Kosten am möglichen neuen Standort. Im Ebnat zahle der Kanton rund 410 000 Franken Miete und 230 000 Franken Betriebskosten jährlich, erklärte René Schmidt. Der Kanton bevorzuge grundsätzlich, seine Schulgebäude als Eigentum zu behalten, damit diese langfristig verfügbar seien. Schmidts Vorschlag: «Idealerweise» könne der Kanton die oberen beiden Stockwerke in der Kammgarn kaufen oder durch die Abgabe eines kantonalen Objekts, etwa im Klosterviertel oder das Pflegezentrum, kompensieren. «Das wäre ein innovativer Tausch.»

«Jetzt ist der richtige Zeitpunkt, um Einfluss zu nehmen.»

René Schmidt
Kantons- und Grossstadtrat (GLP)

Kammgarn-West: Was schon klar ist

Das Kammgarn-Areal ist im **Besitz der Stadt.** Der Westflügel stand nach der Schliessung der Hallen für Neue Kunst vier Jahre lang leer und wird aktuell zwischengenutzt; die künftige Nutzung ist noch nicht festgelegt. Aktuell erstellt der Stadtrat eine Rahmenkreditvorlage für die **Entwicklung des Areals.**

Regierung für Pilotversuche mit Cannabis

Der Schaffhauser Regierungsrat stimmt der vorgeschlagenen gesetzlichen Regelung für Pilotversuche mit Cannabis im Grundsatz zu, wie er in seiner Stellungnahme an das Eidgenössische Departement des Innern festhält. Im Betäubungsmittelgesetz soll eine neue gesetzliche Grundlage für die Durchführung von örtlich, zeitlich und sachlich begrenzten wissenschaftlichen Pilotversuchen geschaffen werden, um Erkenntnisse über die Auswirkungen eines geregelten Umgangs mit Cannabis zu nicht medizinischen Zwecken zu gewinnen. Die Versuche sind auf zehn Jahre beschränkt.

Durch die Schaffung einer formell-gesetzlichen Grundlage zur Durchführung von örtlich, zeitlich und sachlich begrenzten wissenschaftlichen Pilotversuchen wird es nach Ansicht der Schaffhauser Regierung möglich, die Auswirkungen eines geregelten Umgangs mit Cannabis zu nicht medizinischen Zwecken zu erforschen.

Dies bilde die Grundlage für eine sachliche Diskussion, wie künftig mit dem Betäubungsmittel Cannabis umgegangen werden solle. *(r.)*

Der Ombudsmann Roger Blum muss sich vieles, aber nicht alles gefallen lassen

Die grosse Mehrheit in der Deutschschweiz ist zufrieden mit den Radio- und Fernsehsendungen von SRF. Wer es nicht ist, kann sich mit einer Beanstandung an den Ombudsmann Roger Blum wenden. Gestern hat er von seiner Arbeit erzählt.

Erwin Künzi

«Man sollte für diese Saubande von Ombudsstelle ein Konzentrationslager im hintersten Gasterntal einrichten!» Das ist eine der Reaktionen, mit denen sich Roger Blum, Ombudsmann für die SRG Deutschschweiz, bei seiner Arbeit immer wieder einmal konfrontiert sieht. Kein Wunder, stellte er gestern sein Referat bei den Silberfüchsen unter den Titel «Beschimpft von allen Seiten». Ihren Ursprung hat die Ombudsstelle im Jahr 1972: Damals löste eine Streitschrift der SVP über die angeblich linkslastige SRG eine lebhafte Debatte inner- und ausserhalb des Parlaments aus. 1976 scheiterte ein erster Anlauf für eine Instanz, die Beschwerden zu Radio- und Fernsehsendungen behandeln sollte. Eine Unabhängige Beschwerdeinstanz (UBI) wurde schliesslich 1984 installiert und bald mit Beschwerden aller Art, gewichtigen und weniger gewichtigen, eingedeckt. So geht es nicht, fanden die Verantwortlichen und schalteten der UBI die Ombudsstelle vor. Diese ist, so erläuterte Blum, eine formlose Instanz, die anders als die UBI keinen juristischen Charakter hat. Der Bescheid der Ombudsstelle kann an die UBI weitergezogen werden, was in etwa 8 bis 10 Prozent aller Fälle auch geschieht, so Blum.

Roger Blum, Ombudsmann der SRG Deutschschweiz. BILD JULIA LEPPIN

Über 800 Beschwerden 2017

2017 gingen beim Ombudsmann 827 Beanstandungen ein, 333 waren es bisher in diesem Jahr, in dem Roger Blum bereits über 200 zum Teil umfangreiche Schlussberichte verfasst hat. Wie muss man vorgehen, wenn man beim Ombudsmann eine Beanstandung einreichen will? Man schickt ihm eine Mail (beanstandungen@ombudsstellesrgd.ch), in der man die Sendung und den Grund, warum man sie beanstandet, nennt. Zur Mail gehört auch die Postadresse, damit der Ombudsmann weiss, wohin er seinen Bescheid schicken soll. Das Ganze ist gratis. Jedermann und jedefrau kann, spätestens 20 Tage nach der Ausstrahlung einer Sendung, eine Beanstandung geltend machen. Ziel des Ombudsmannes ist, dafür zu schauen, dass das Publikum geschützt wird. «Die Sendungen müssen sachgerecht sein, die Grundrechte sowie der Jugendschutz müssen beachtet, die Vielfalt der Meinungen muss im Gesamtprogramm gewährleistet werden», erklärte Blum. «Das Publikum muss sich eine eigene Meinung bilden können.» Aber bei aller Kontrolle soll die Medienfreiheit nicht verletzt werden.

Und wo gibt es die meisten Beanstandungen? «Das ist vor allem bei den Informationssendungen wie «10 vor 10», «Rundschau», «Arena», aber auch beim «Club» und bei Dok-Sendungen der Fall», so Blum. Und woher kommen die Beanstandungen? Ein kleiner Teil von der Linken, ein grösserer von der SVP, der grösste aber von einer Gruppe, die «ein bestimmtes Weltbild» hat, so Blum. Die überwiegende Mehrheit der Beanstandungen ist in einem anständigen Ton verfasst, nur eine Minderheit ist unflätig. «Aber da kann ich reagieren», sagte Blum. So zeigte er den Schreiber an, der ihn ins KZ stecken wollte, und dieser wurde gebüsst.